

4122/J XXI.GP

Eingelangt am: 09.07.2002

A N F R A G E

der Abgeordneten Helmut Dietachmayr
und Genossinnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend *Einsparungen bei der Exekutive*

Der Personalmangel in der oberösterreichischen Sicherheitsexekutive und der Justiz erreicht ein sicherheitsgefährdendes Ausmaß. Einer der Gründe für den Rückgang der Aufklärungsquote bei Verbrechen und Vergehen und den unsinnigen Ruf nach untauglichen Instrumenten wie einer Bürgerwehr, ist der eklatante Personalmangel bei Gendarmerie, Polizei und Justizwache.

In Oberösterreich sank die Aufklärungsquote von 57,5% im Jahr 2000 (1999 bei 58,3%) auf 51 Prozent im Jahr 2001.

Damit steht fest, dass der Kürzungskurs des Innenministers die Sicherheitssituation in Oberösterreich eklatant verschlechtert hat.

Der Stellenplan für 2003 zwingt den öffentlichen Dienst zu einer neuerlichen Reduktion der diensttuenden Beamten um 3 Prozent. Das bedeutet: noch einmal ca. 940 Beamte weniger! Und das, obwohl alleine in OÖ bereits jetzt über 200 Gendarmen und Polizisten auf ihren Dienststellen fehlen!

Wenn dieses System der Einsparungen auf Kosten der Sicherheit kritisiert wird, werden diese "Querulanten" einfach beseitigt. Letztes und prominentestes Beispiel dafür ist der Fall Strohmeyer. Der Chef der Bundesgendarmerie, Oskar Strohmeyer wurde kurzerhand versetzt. Strohmeyer war seit zwei Jahren der Leiter der 16.000 Gendarmen Österreichs. Sein Fehler war, dass er sich erlaubte zu sagen, er könne neue Einsparungen und Strukturveränderungen nicht mehr akzeptieren, "weil sie einerseits den Bestand unserer Gendarmerie, andererseits die Sicherheit der (...) Bürger gefährden könnten."

Die Exekutive hatte im vergangenen Jahr rund 40.000 Straftaten weniger zu bearbeiten, ein Rückgang um 7,7 Prozent.

Polizeiexperten führen dies allerdings nicht auf eine gesunkenen Kriminalität, sondern auf schlampigere Ermittlungsarbeit zurück.

Es ist logisch, dass weniger Beamte auch weniger Delikte anzeigen und aufklären können. Daher ist die gesunkene Kriminalität und Aufklärungsquote direkt auf die Personalreduktion in der Exekutive zurückzuführen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage

1. Welche konkreten Schritte werden Sie veranlassen, damit in Oberösterreich die Aufklärungsquote für die Jahre 2002 und 2003 besser ausfällt als im Jahr 2001?
2. Ist es richtig, dass 2003 weitere 940 Exekutivbeamte abgebaut werden sollen?
3. Falls ja, wie viele sollen in Oberösterreich abgebaut werden?
4. Wie viele Planstellen sind derzeit im Bereich des Landesgendarmeriekommandos f. OÖ unbesetzt?
5. Wie viele Planstellen sind bei Sicherheitswache Linz, Wels, Steyr unbesetzt?
6. Wie viele Planstellen sind bei den kriminalpolizeilichen Abteilungen in Linz, Wels und Steyr unbesetzt?
7. Wann gibt es den nächsten Ausbildungslehrgang für Kriminalbeamtinnen?
8. Wie viele Aufnahmen in den Exekutivdienst wird es 2002 und 2003 in OÖ geben?
9. Wie viele Beamtinnen und Beamte erhält davon das LGK Oberösterreich?
 10. Wie viele Beamtinnen und Beamte erhält davon die BPD Linz?
 11. Wie viele Beamtinnen und Beamte erhält davon die BPD Steyr?
 12. Wie viele Beamtinnen und Beamte erhält davon die BPD Wels?
13. Werden Sie der Forderung nachkommen, die Versetzung von Gendarmeriegeneral Strohmeyer unverzüglich rückgängig zu machen?
14. Falls nein, warum nicht?